

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ostpreußen 10.— M., im voraus zahlbar. Für Vorbezug nehmen sämtliche Buchhandlungen Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband bezogen für Deutschland und Österreich 18.— M., für das übrige Ausland 24.— M., zuzüglich Salutu-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 26.— Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin S. 2, Dönhofsstraße 59.

Die achtseitige Nonpareilspalte oder deren Raum kostet 2.— M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Steuerungsbeitrag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Nonpareilspalten das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die außenpolitische Krise

Verhandlungen, aber keine Entspannung

Die Luft ist angefüllt mit Gerüchten über die neuen Wiedergutmachungsvorschläge Deutschlands und über den Weg, den die deutsche Regierung eingeschlagen hat, um schließlich wieder mit der Entente in Beziehungen und Verhandlungen zu kommen. Fest steht, daß von Berlin aus Mitteilungen an die Vereinigten Staaten gegangen sind, und sicher scheint zu sein, daß der Vatikan eine irgendwie geartete Vermittlungsrolle bei dieser neuen Anknüpfung spielt hat.

Darüber, was nun aber der Regierung zu Washington eröffnet worden ist, gehen die Meldungen auseinander. Während die einen behaupten, es sei nur die *Endsumme* genannt, zu deren Zahlung sich Deutschland verpflichten zu können glaube, wollen die andern wissen, daß auch Anregungen bezüglich der Modalitäten der Zahlung gegeben worden seien, und daß man insbesondere in dem deutschen Memorandum den Gedanken eines Eintretens Deutschlands in die Schuldverpflichtung der Entente an Amerika erörtert habe.

Wie dem auch sei, jedenfalls ist diese Idee der Schuldübernahme an den maßgebenden Stellen in Berlin vorhanden, und ihnen tritt, wie die „Frankfurter Zeitung“ zu wissen glaubt, als Variante die Zusage zur Seite, daß Deutschland für eine internationale Anleihe, bei der vielleicht Amerika die Führung übernehme, alle nur denkbaren realen Sicherheiten aus seinem Vermögen geben und sich zur Feststellung seiner Leistungsfähigkeit vorbehaltlos der Entscheidung unparteiischer Sachverständiger unterwerfen würde. Auch die Absicht, den Franzosen neue bestimmte Anerbieten für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete vorzulegen, wird nach derselben Quelle im Rahmen dieser Vorschläge erwähnt.

Die uns zugegangenen Mitteilungen stimmen im wesentlichen mit den Angaben der „Frankfurter Zeitung“ überein, jedoch sind alle diese Andeutungen vorläufig noch zu wenig klar, als daß man bereits in eine Diskussion der Einzelheiten eintreten könnte.

Es wird nun zunächst abzuwarten sein, welche Antwort Amerika erteilt und wie sich die Entente, insbesondere Frankreich, zu der neuen Situation stellen wird. Zunächst haben wir den starken Eindruck, daß die Franzosen den Umweg über die Vereinigten Staaten sehr wenig gern sehen. Sie verlangen direkte Verhandlungen, und es wird Deutschland auch gar nichts anderes übrig bleiben, als sich mit dieser Notwendigkeit abzufinden. Die „Frankfurter Zeitung“ ist ebenfalls der Auffassung, daß uns auf keinen Fall unmittelbare Auseinandersetzungen mit unseren Reparationsgläubigern erspart bleiben. Die Rechtsprelle freilich rät an dem törichtesten Standpunkt, Deutschland dürfe nicht den ersten Schritt tun, nach wie vor fest, und die „Kreuzzeitung“ beispielsweise, der im übrigen ein Verständnis dafür aufzubammern beginnt, daß die deutsche Regierung unter dem schweren Druck, den namentlich Frankreich ausübe, neue Wege suchen müsse, „um uns noch in letzter Stunde vor dem Neukerker zu bewahren“, bezeichnet es als aussichtslos, wenn von Berlin aus neue Vorschläge unmittelbar an die Adresse der Entente gemacht würden. Diese Betonung der Aussichtslosigkeit läßt immerhin den Schluß zu, daß die Nationalisten doch anfangen, es bedenklich zu finden, die von ihnen gewünschte Passivität mit den Rücksichten auf die nationale Ehre und dergleichen zu begründen.

Die weitere große Frage ist die, ob die Angebote Deutschlands den Franzosen sachlich genügend sind. Wir wissen nicht, bis zu welcher Summe das deutsche Kabinett jetzt zu gehen gedenkt. Aber wir fürchten, daß Frankreich unter die in Paris aufgestellte Forderung kaum heruntergehen wird und höchstens bereit ist, über die Zahlungsbedingungen, die Modalitäten usw. mit sich reden zu lassen.

Auch die in Anlehnung an die Amsterdamer Beschlüsse von deutscher Seite angeregte Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch eine internationale Sachverständigenkommission dürfte bis zum 1. Mai die Zustimmung der Verhandlungsgegner wohl nicht finden, und so können wir nach alledem bisher leider nicht von einer Entspannung reden. Der Druck, der von drüben ausgeht, verstärkt sich von Tag zu Tag. Die Drohungen werden immer schärfer und wir müssen aufs Schlimmste gefaßt sein, wenn die deutsche Regierung nicht, um das Äußerste zu vermeiden, selbst bis zum Äußersten geht.

Jetzt hat die Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegsschadenskommission die Aufforderung gerichtet, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plänen im besetzten Gebiet zu überführen, damit so unsern Gläubigern eine Sicherung für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai gegeben werde. Die Durchführung dieser Maßnahme würde natürlich eine ungeheure Schädigung unseres

Wirtschaftslebens bedeuten und wir wissen nicht, ob der vielleicht zu erwartende Einspruch Amerikas, dessen großer Besitz an deutscher Valuta durch die Abführung des Goldbestandes beeinträchtigt würde, genügen kann, um die Reparationskommission von ihrem Entschlusse abzubringen. Es läßt sich ja auch darauf hinweisen, daß die Abgabe des Goldbestandes als Sicherheitspfand uns eines *Altiums* beraubt, aus dem wir unter Umständen die unmittelbaren Forderungen Frankreichs zu befriedigen vermöchten. Aber es bleibt dabei: wenn nicht jede Aussicht auf Rettung vernichtet werden soll, so muß es sehr schnell zu direkten Verhandlungen mit Frankreich kommen, und wir sind nach wie vor sehr im Zweifel, ob es überhaupt zweckmäßig gewesen ist, sich des schwerfälligen Apparats einer Vermittlung durch den Vatikan und die Vereinigten Staaten zu bedienen.

Wie wir hören, wird die für Dienstag nachmittag einberufene Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vertagt werden. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge, und insbesondere mit Rücksicht auf die schwebenden Erörterungen mit Amerika, hält der Minister Simons es nicht für zweckmäßig eingehende Auskünfte zu erteilen. Für die Plenarsitzung des Reichstags am Mittwoch ist die unabhängige Interpellation über die Reparationsfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung gestellt. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes wird erklären, daß die Regierung bereit sei, die Interpellation in der geschäftsordnungsmäßigen Zeit zu beantworten.

Der deutsche Goldbestand angefordert

M. Berlin, 18. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegsschadenskommission in Paris mündlich in offizieller Form die Aufforderung ergangen, den Goldbestand der deutschen Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken an Plätze des besetzten Gebietes, etwa Köln oder Koblenz, zu überführen, wo sie als Sicherstellung für die deutschen Verpflichtungen auch nach dem 1. Mai dienen sollen. Obwohl die Aufforderung der Reparationskommission schriftlich noch nicht in Berlin vorliegt, kann jetzt schon gesagt werden, daß deutscherseits dieses Ansinnen zurückgewiesen werden wird.

Die neuen deutschen Vorschläge

EM. Brüssel, 18. April.

Die Brüsseler Blätter melden in bestimmter Form, die neuen deutschen Vorschläge würden folgende Punkte enthalten:

1. Einen Entwurf für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete;
2. Die Uebernahme eines Teiles der alliierten Schulden in Amerika;
3. Eine Teilnahme der Alliierten an den deutschen Industrien, vermutlich um 30 Prozent vom allgemeinen Aktien- und Obligationenkapital in Form von Vorzugsobligationen.

Das große Schweigen in Paris

Urb. Tel. Paris, 18. April.

Ueber die auf heute früh angefertigten Beratungen des alliierten Militärkommandos über die Sanktions- und Wiedergutmachungsfrage wird vollkommenes Stillschweigen bewahrt. Es sollen weitere Konferenzen stattfinden, in denen die gemischte Kommission die einzelnen Maßnahmen festsetzen wird, die den Alliierten unweigerlich unterbreitet werden.

Der englische Bergarbeiterstreik

EM. London, 18. April.

Die Krise besteht fort. Man ist überall der Meinung, daß der Dreierband einen sehr tiefen Riß erhalten hat, der nicht so leicht zu heilen sein wird. Die bürgerlichen Blätter fordern, daß die Regierung und die Bergwerksbesitzer gerade wegen der geschwächten Haltung der Bergarbeiter diesen Entgegenkommen zeigen sollten. „Daily Chronicle“, das Organ Lloyd Georges, bebauert, daß die Verhandlungen nicht unweigerlich ausgenommen, sondern bis zum Freitag verschoben werden. Im ganzen Lande wurden Kohlfäden errichtet, da die Beschaffung des durch das kalte Wetter notwendig gewordenen Hausbrandes Schwierigkeiten verursacht.

M. London, 18. April.

Es soll eine Konferenz von Delegierten aller Kohlenbezirke einberufen werden. Diese Generalkonferenz der englischen Grubenarbeiter, die über Fortsetzung oder Abbruch des Streiks in letzter Instanz zu entscheiden haben wird, ist, wie soeben bekannt wird, auf den 22. April nach London einberufen worden. Bis zu diesem Datum darf die Arbeit in den Kohlengebieten nicht aufgenommen werden, doch verläutet, daß die Bergarbeiter von Fortschritt und Durchhalt, deren Löhne bei Annahme des Angebots der Zehnenbesitzer annähernd die gleichen bleiben wie zuvor, die unweigerliche Wiederaufnahme der Arbeit verlangt haben.

Die unmögliche Regierungsbildung

Trotzdem Herr Stegerwald jeden Tag versichern läßt, daß er bestimmt im Laufe dieses Tages, im schlimmsten Falle aber am nächsten Morgen, sein Ministerium gebildet haben werde, bringt jeder Tag nur immer aufs neue das Scheitern der verschiedenen Kombinationen. Die Rechtssozialisten sind während darüber, daß man ihren Ministern jetzt den Laufpaß geben will und sträuben sich noch immer gegen die Erkenntnis, daß eben das Wesen der Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien darin liegt, diese Politik nur solange fortzusetzen, als die sozialistischen Minister der Bourgeoisie zur Stütze ihrer Herrschaft dienen. Noske und Heine waren zuverlässige und rücksichtslose Gatteln der Bourgeoisie, die mit Recht in diesen Ministern Garantien ihrer eigenen Machtposition erblickte. In dem Moment aber, wo dem Bürgerturn sozialistische Minister als Vertreter von Arbeiterinteressen erscheinen, geht die Koalition in die Brüche. Das gilt besonders für Deutschland, wo die bürgerlichen Parteien rücksichtsloser und bornierter als in einem anderen entwickelten Industrielande ihre Klasseninteresse wahrnehmen. Die Minister Braun und Severing haben wirklich keine radikale sozialistische Politik getrieben. Aber es genügt, daß Severing nicht für die Drögels, Braun nicht für die Agrarier eintrat, um sie den bürgerlichen Parteien höchst unbequem erscheinen zu lassen. Daher das Bestreben der Demokraten und des Zentrums, den Rechtssozialisten das Rückgrat zu brechen, indem man sie in das Bündnis mit der Stinnespartei zwang.

Wenn aber die bürgerlichen Parteien diesen Versuch unternehmen, so nennt das nicht nur von der geringen Einschätzung der rechtssozialistischen Prinzipienfestigkeit, sondern sie hatten dabei auf die Unterstützung der einflussreicheren rechtssozialistischen Führer gerechnet. Und diese Erwartung hat sie auch nicht betrogen. Ebert vor allem hat alles daran gesetzt, um seine Partei zum Bündnis mit den Stinnesleuten zu bringen. Er hat diese Bemühungen auch fortgesetzt, nachdem sich die Landtagsaktion gegen diese Politik festgelegt hatte. Warum sollten Demokraten und Zentrum auf ihre Zwangspolitik gegen die Rechtssozialisten verzichten, wenn ein auf die Führung der Rechtssozialisten so einflussreicher Mann wie Ebert ihre Bemühungen forsetzt unterstützte? Ebert unterstützte sogar den Plan Stegerwalds, Rechtssozialisten zu finden, die ohne besondere Ermächtigung der Landtagsaktion ins Ministerium eintreten. Bauer und Noske wurden dazu in Aussicht genommen. Bauer und Noske sind alte Freunde Eberts, und man darf nicht vergessen, daß Ebert alle Anstrengungen machte, um diese Herren sogar nach dem Kapp-Putsch als Reichsminister zu erhalten. Daß sie jetzt in einer preussischen Regierung untergebracht werden sollten, zeugt nicht nur von reaktionärer Gesinnung, sondern auch von einer erstaunlichen politischen Einsichtslosigkeit, und man versteht, warum Scheidemann kürzlich so scharf gegen Ebert aufgetreten ist. Gegen diese Politik wenden sich auch bereits eine Reihe von rechtssozialistischen Parteioptionen, während allerdings die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Partei des Kreises Cottbus, bestehend aus den Ortsvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten, nach einem Referat des getreuen Noskiden Kaufsch es fertig gebracht hat, sich für Ebert auszusprechen.

Was soll man aber von dem Herrn Stegerwald denken? Ein Mann, der den Noske in sein Kabinett aufnehmen will, hat dadurch allein bewiesen, daß er ohne politisches Urteil ist und als reussischer Ministerpräsident von vornherein das schärfste Mißtrauen der gesamten Arbeiterschaft verdient. Er täte gut daran, das möglichst bald einzusehen und seine fruchtlosen Versuche möglichst schnell einzustellen.

Unterdessen hat sich das Verhältnis der Rechtssozialisten zu ihren bisherigen Koalitionsbrüdern Tag für Tag verschlechtert. Der „Vorwärts“ erkennt endlich, daß das Ziel der bürgerlichen Parteien die Ausschaltung der Rechtssozialisten ist. Er droht mit schärfster Opposition nicht nur gegen die neue Preußenregierung, sondern auch gegen die Reichsregierung. Noch härter schreibt die „Sozialistische Korrespondenz“ des Herrn Heilmann gegen eine Regierung des Vorbruchs:

Herr Adam Stegerwald, Mitglied der Zentrumspartei und der Reichstagsaktion des Zentrums, arbeitet seit vorigen Freitag daran, ein Kabinett ohne die Sozialdemokratie, d. h. gegen die Sozialdemokratie zustande zu bringen. Die Tätigkeit des Herrn Stegerwald schließt einen Vorbruch der Zentrumspartei in sich, der noch einmal selbigenfalls wird durch die von der sozialdemokratischen Fraktion bevollmächtigten Unterhändler in der nachfolgenden Erklärung:

„Gegenüber falschen Darstellungen in der Presse stellen wir fest:

Am Freitag, den 8. April wurde in der interfraktionellen Besprechung der bisherigen Koalitionsparteien, in welcher teilnahmen die drei Unterzeichneten für die S. P. D., Dominicus und Neusch für die Demokraten, Bronowski und Borich für das Zentrum, folgendes vereinbart:

Die drei Parteien stimmen am Samstag für einen Ministerpräsidenten, der für die Bildung seines Kabinetts freie Hand hat, aber zurücktritt, wenn es ihm nicht gelingt, ein Kabinett zu

Wider, dem alle drei Koalitionsparteien ihre Zustimmung zu geben in der Lage sind.

Dass diese Vereinbarungen getroffen worden sind, bestätigten nach Austausch der irreführenden Bessermeldungen die Herren Dominicus und Frey nochmals ausdrücklich.

Berlin, den 18. April 1921.

Ernst Heilmann, H. Dimberts, Wilhelm Stiering.

Die Zentrumspartei weiß ganz genau, daß diese Vereinbarung getroffen worden ist und besteht. Sie hat die Absicht, den von ihr geschlossenen Vertrag zu brechen und abzuleugnen, hat aber bisher den dazu nötigen starken Entschluß noch nicht gefaßt. Dies beweist das nachstehend wiedergegebene Gespräch, das heute im Sitzungssaale des Landtages geführt und von sozialdemokratischen Abgeordneten mit angehört wurde. Abg. Heh (Zentrum): Ich komme im Auftrage der Zentrumsfraktion. Ich möchte sie einmal fragen, Herr Kollege, wie es nach ihrer Auffassung mit unserer angeblichen Verpflichtung steht, daß Stegerwald zurücktreten sollte, wenn sein Kabinett endgültig die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht künde.

Abgeordneter Dominicus: Ich kann Ihnen wirklich nichts anderes sagen, als daß nach meiner Erinnerung und meinen Aufzeichnungen die sozialdemokratischen Herren mit ihrer Darstellung recht haben.

Abgeordneter Heh: Und wenn diese Angelegenheit eventuell hier im Plenum des Hauses zur Besprechung käme, was würden Sie dann sagen?

Abgeordneter Dominicus: Aber Herr Kollege, ich könnte dann natürlich auch nichts anderes sagen als die Wahrheit.

Die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Heh, was der demokratische Parteiführer in öffentlicher Landtagsdebatte sagen würde, eine Frage, gestellt, nachdem er wußte, daß das Zentrum sich wirklich gebunden hatte, eröffnet einen Einblick in eine schöne Zentrumsfeste, vor der selbst ein alter abgebrühter Politiker zurückstehen muß. Es handelt sich beim Kabinett Stegerwald jetzt zunächst gar nicht mehr um eine politische Frage. Wenn das Zentrum mit der Rechten regieren will, so bedarf es dazu keines Wortbruchs. Dann kann Herr Stegerwald zurücktreten und mit den Stimmen des Zentrums und der Rechten wiedergewählt werden. Es handelt sich jetzt nur um eine Frage der öffentlichen Moral. Das Zentrum hat sich gegenüber der Sozialdemokratie gebunden, und wenn es jetzt heimlich betrügerisch seine Verpflichtung brechen will, indem es sie ableugnet, so wird das Kabinett Stegerwald von vornherein nicht nur das Verfallurteil der Rechten, sondern auch das Schandmal des Wortbruchs an der Stirne tragen und demgemäß von der Sozialdemokratie nicht nur lächlich schief, sondern auch erbittert und verachtungsvoll behandelt werden. Denn jede Koalition wird in Zukunft unmöglich, wenn Koalitionsparteien die geschlossenen Abmachungen trivial mißachten und die, welche sich darauf berufen, noch abends als Lügner hinzustellen, den traurigen Mut haben.

Man sieht, die Erbitterung der Sozialdemokraten ist sehr groß. Trotzdem braucht man sie nicht allzu tragisch zu nehmen. Den Rechtssozialisten nützt die außerordentliche Zustimmung der auswärtigen Krise, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß man schließlich in der Tat die Krise in Preußen bis nach der Entscheidung in der auswärtigen Krise in der Feder legt lassen wird.

Gefinnungszwang

Ein republikanischer Minister für den monarchistischen Rummel

Wie uns mitgeteilt wird, zirkuliert gestern an verschiedenen gerichtlichen Dienststellen ein Erlaß des preussischen Justizministers, wonach für den heutigen Tag sämtliche Beamte, die nicht an Sitzungen teilnehmen haben, zu beurlauben sind, damit sie an der Beerdigung der früheren Kaiserin teilnehmen können.

Wir betrachten diesen Erlaß des preussischen Justizministers als einen unerhörten Uebergriff, da durch ihn ein starker Druck auf sämtliche Beamte des Justizministeriums ausgeübt und die Beteiligung an der Beerdigungsdemonstration gleichsam zur Pflicht aller nichtbeschäftigten Beamten gemacht wird. Wer die Verhältnisse gerade in dem Justizressort kennt, wird verstehen, daß der Erlaß des Herrn Am Jahnhoff nicht etwa die Beurlaubungen für diejenigen Beamten ermöglicht, die aus eigenem Antrieb an der monarchistischen Demonstration teilnehmen wollen, sondern daß er einen unerhörten Gewissenszwang auch auf die anders gesinnten Beamten ausübt.

Darüber hinaus bedeutet der Erlaß des preussischen Justizministers einen beispiellosen politischen Skandal. Der republikanische Justizminister hat sich durch seinen Erlaß als Schleppentrieger der monarchistischen Reaktion erwiesen und das Bild vernunftlos, das das Justizressort, diese Zitate der politischen und sozialen Reaktion, in der deutschen Republik bietet.

Die Tagung der Heuchler

Bremen, 18. April.

Die Konferenz der Ernährungsminister, die heute in Bremen unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Herms zusammengetreten ist, beschäftigte sich eingehend mit der Milchbewirtschaftung.

Die Aussprache ergab Uebereinstimmung (!) darüber, daß die bisherige Form der Bewirtschaftung nicht aufrechterhalten werden kann. Als Ergebnis der Verhandlungen über die neuen Wege, die nunmehr zu beschreiten sind, ist Folgendes festzustellen:

Die Konferenz ist in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit grundsätzlich der Meinung, daß die Erlassung von Milch und Butter im Wege des öffentlichen Zwanges möglich bald restlos aufgehoben wird. Zur Erleichterung der Umstellung sollen die Länder mit Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft für eine beschränkte Uebergangszeit ermächtigt werden, auf Grund vorangegangener Verhandlung mit den etwa beteiligten Nachbarländern vorübergehend besondere Bewirtschaftungsbestimmungen zu erlassen. Die bisherigen Milchlieferungsbeziehungen sollen dabei aufrechterhalten werden. Die bisherigen Beschränkungen für den Verbrauch von Milch in den gewerblichen Betrieben einschließlich der Gastwirtschaften sollen weiter in Geltung bleiben. Den Kommunalbehörden und Gemeinden verbleibt die Berechtigung (!), im Interesse der gleichmäßigen Versorgung ihrer Verbraucher die Verteilung der Milch innerhalb ihrer Bezirke zu regeln.

Wie gnädig die Herren Ernährungsminister doch sind! Erst zerstören sie trotz aller Warnungen einschüchternder Kreise die Möglichkeit, die Großstädte ausreichend mit Milch zu versorgen, um dann hähnend ihnen das Recht zuzugestehen, die nicht vorhandenen Mengen gleichmäßig zu verteilen!

Im Grunde genommen bedeutet der Beschluß der Ernährungsminister die völlige Beseitigung der geregelten, wenn auch unzureichenden, Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Milch. Wenn jetzt Säuglings- und Kindersterblichkeit weiter steigen, so sind dafür in vollem Maße verantwortlich jene stets heuchlerisch auftretenden amtlichen Stellen, die öffentlich über die Not der Kinder Tränen vergießen, den Interessen der Agrarier zuliebe aber nichts tun, um diese Not zu lindern.

Das Ueberschichtenabkommen

Einzelheiten des neuen Vorschlages

Der neue Vorschlag über das Ueberschichtenabkommen und die Lohnerhöhung im Ruhrbergbau, über dessen Aufnahme bei den Bergleuten wir in der Montagsausgabe berichteten, enthält folgendes:

Hinsichtlich des Abbaues der Ueberschichten einige man sich auf eine Fassung, die bei Zwischenverhandlungen am 7. April 1921 im Reichsarbeitsministerium wie folgt getroffen war:

Vom 1. Mai	bis 16. Juli	1921	= 2 mal 2 Stunden
17. Juli	18. August	"	= drei
15. August	30. November	"	= 3 mal 1 Stunde
1. Dezember	31. Januar	1922	= 2 mal 1, 1 mal 1/2 Std.
1. Februar	31. März	"	= 2 mal 1 Stunde

Folgende Lohnerhöhungen wurden seitens der Zechen bewilligt:

1. für Gedingearbeiter unter Tage von 5,50 M. je Schicht gegenüber dem Durchschnittslohn der betr. Gedingearbeiter der einzelnen Schichtanlagen vom Oktober 1920.
2. für Schichtführer über 20 Jahre unter Tage 8 M. je Schicht, über 20 Jahre über Tage 1 M. je Stunde;
3. für die 18 und 19 Jahre alten Schichtführer unter Tage 4,50 Mark je Schicht, für 18 und 19 Jahre alte Schichtführer über Tage 0,50 M. je Stunde;
4. für die 16 und 17 Jahre alten Schichtführer unter Tage 2,50 Mark je Schicht, für die 16 und 17 Jahre alten Schichtführer über Tage 0,50 M. je Stunde;
5. für die 14 und 15 Jahre alten Schichtführer 0,20 M. je Stunde.

Für die Gedingearbeiter wird der Grundlohn auf 17 M. erhöht. Die Unterzuzulage von 8 M. bleibt daneben bestehen, dagegen werden die bisherigen Zulagen von 4,50 M., 1 M. bzw. 2 M. je Schicht, soweit sie nicht durch die Erhöhung des Grundlohnes abgegolten sind, im Gedinge verrechnet.

Die Verhandlungen über die Einkommensbezüge der Angehörigen sind noch nicht abgeschlossen.

Die fortschreitende Zerlegung

Die „Rote Fahne“ teilt mit, daß der Reichstagsabgeordnete und Hamburger Bürgerstämmling Hermann Reich aus der Partei ausgeschlossen worden ist. Bezeichnend ist, daß die Gründe zum Parteiausschluss „halbmöglichst“ veröffentlicht werden sollen. Die kommunistische „Herrschaft“ arbeitet also so schnell, daß die Gründe nach dem Urteil zum Geschehen gesucht werden müssen.

Im übrigen scheint sich zu bestätigen, daß die B. R. V. D. bald vollständig von der A. U. V. D. aufgefrisst sein wird. In der ober-schlesischen „Rosen Fahne“ schreibt ein gewisser Peter Maslowski:

Erstens sind sich die beiden kommunistischen Parteien in Deutschland, die B. R. V. D. und die A. U. V. D., zum erstenmal unmittelbar in der Aktion wirklich näher gekommen. Beide, der Dritten Internationale angehörenden Parteien haben sich gute Zeichen aus ihrem Zusammenarbeiten gezogen, so daß man eine gewisse Gemüthe für eine nicht allzu fern liegende völlige Vereinigung beider haben darf.

Zweitens ist es ebenso erstaunlich wie bemerkenswert, daß die opportunistischen Tendenzen, die in der kommunistischen Partei besonders bezüglich der italienischen Frage in Erscheinung traten und sich bei der jüngsten Aktion wieder zu zeigen begannen, vollkommen isoliert worden sind.

Die „Rote Fahne“ drückt diese Ausführungen zustimmend ab. Das bedeutet die vollständige Kapitulation vor der anarchistisch-sindikalistischen Strömung. Das wird für die Kämpfe in den Gewerkschaften von unermittlicher praktischer Bedeutung sein. Selbst der gläubigste Arbeiter muß jetzt wissen, daß die Kommunisten, die auch in den Gewerkschaften unter der Diktatur der Zenträle stehen, damit der Weisungen einer Instanz folgen, die es auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften bewußt anlegt.

Rechtssozialisten und Reparation

Nach der kürzlich stattgefundenen Amsterdamer Konferenz der zweiten Internationale wurde unsere Partei heftig vom „Vorwärts“ angegriffen, daß wir es ablehnten, an dieser Konferenz teilzunehmen. Nun muß der „Vorwärts“ nachträglich die Richtigkeit unserer Haltung anerkennen, indem er gegen die französischen Teilnehmer dieser Konferenz eine Kritik übt, die sich mit der unseren vollkommen deckt. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß hinter den zahlreichen französischen „Dissidenten“ in Amsterdam nichts oder fast nichts steht und daß nun das offizielle Organ der Dissidenten „France libre“ gleichzeitig mit der Amsterdamer Resolution einen Leitartikel von Adrien Beder, eines der fünf Abgeordneten dieser Partei, veröffentlicht, der in einem mindestens ebenso schlimmen nationalistischen Ton gehalten ist, wie die Ergüsse der berüchtigten Boukharinblätter.

„Angesichts dieser Tatsache“, schreibt der „Vorwärts“, „ist es schwer, gegen die Erklärung der französischen Sozialisten, sie könnten mit diesen „Dissidenten“ nicht in einer Internationale sitzen, etwas einzuwenden.“ Die Partei des „Vorwärts“ jedoch hält es nicht nur für möglich, zusammen mit diesen Dissidenten eine rechtssozialistische Internationale zu bilden, sie bringt es sogar fertig, gemeinsam mit diesen Leuten, die für den Frieden von Versailles stimmten und deshalb aus der sozialistischen Partei ausgeschlossen werden, über die Wiedergutmachung zu beraten und den Arbeitern einzureden, daß aus solchen Beratungen etwas Erprobliches herauskommen kann.

Der 1. Mai Staatsfeiertag in der Tschechoslowakei

Wid. Tel. Prag, 18. April.

Zufolge eines Beschlusses des Ministerrats wird der 1. Mai in der Tschechoslowakei als Staatsfeiertag betrachtet werden.

Internationaler Transportarbeiterkongress

Genf, 18. April.

Heute wurde hier der internationale Kongress der Transportarbeiter eröffnet, vertreten sind: Deutschland, Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Holland, Luxemburg, Norwegen, Oesterreich, Schweden, die Schweiz und die Tschechoslowakei. 61 Delegierte vertreten 27 Organisationen. Der Generalsekretär des deutschen Transportarbeiterverbandes, Doering, hielt die Eröffnungsrede, in welcher er darauf hinwies, daß dieser Kongress der Verwirklichung der Idee der Solidarität und der Betonung der Notwendigkeit der Bewegung dienen solle. Der schweizerische Delegierte, Morhard, hielt die Delegierten willkommen und erklärte, daß das Proletariat von dem gegenwärtigen Kongress energische Schritte erwarte.

Gewerkschaftsbund und Wiederaufbau

In wiederholten Konferenzen beschäftigten sich die Vertreter der dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam angeschlossenen Landeszentralen mit der Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien. In Ausführung der in diesen Konferenzen gefassten Beschlüsse legte der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes der Reichsregierung eine Reihe von Vorschlägen vor, deren technischer Teil weniger ein abgeschlossenes Programm darstellt (ein solches in allen Einzelheiten auszuarbeiten ist vielmehr Aufgabe der amtlichen Stellen), als vielmehr die dringendsten Räte der Bevölkerung in den zerstörten Gebieten lindern soll.

Diese Vorschläge sind im Nachstehenden aufgeführt:

Die öffentliche Meinung der außerdeutschen Nationen steht unter dem Eindruck, daß Deutschland bisher viel zu wenig getan habe, seinen oft bekundeten guten Willen zum Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete in Nordfrankreich und Belgien praktisch zu verwirklichen. Dieser psychologischen Einwirkung ist es hauptsächlich zuzuschreiben, daß Frankreich bei seinen Verbündeten und darüber hinaus Verständnis für die von ihm empfohlenen und durchgeführten bzw. noch geplanten Maßnahmen (Sanktionen) gefunden hat.

Nach unserem Dafürhalten muß sofort, also reichlich vor dem 1. Mai, die deutsche Regierung nicht nur die europäische Öffentlichkeit, sondern auch in großzügiger Weise der französischen Regierung neue Anerbietungen für den unverzüglich in Angriff zu nehmenden Wiederaufbau machen.

Deutschland wird bei seinen Vorschlägen zwar nach wie vor besonderen Nachdruck auf Sachleistungen und Gesteuerung von Arbeitskräften legen müssen, immerhin ist die baldigste Bereitstellung sehr großer Mittel jedoch nicht nur für den eigentlichen Wiederaufbau notwendig, sondern auch erforderlich, um die Finanzkalamität Frankreichs und Belgiens zu lindern, und so eine Atmosphäre zu schaffen, die endlich bessere Beziehungen mit unseren Nachbarn im Westen andahnt. Diese Summen aus eigenen Kräften aufzubringen, ist Deutschland außerstande — das kann nur mittels einer großen internationalen Anleihe geschehen. Aber auch diese läßt sich nur schaffen, wenn neben anderen Vorbedingungen die Welt die Ueberzeugung gewonnen hat, daß Deutschland mit dem baldigsten Wiederaufbau ernst macht.

In ihrer Entschliessung vom 31. März hat die Internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam u. a. es als Pflicht der Entente-regierungen erklärt, „Deutschland ohne Säumen in den Völkern und auszunehmen“, ferner die Errichtung eines internationalen Reparationsinstituts gefordert, dem das Studium der technischen Organisation und die allgemeine und finanzielle Verwaltung der Wiederaufbauarbeit zu übertragen ist. Diesem aus Vertretern der Arbeiterorganisationen und solchen des Internationalen Gewerkschaftsbundes, aus technischen und offiziellen Vertretern der beteiligten Nationen (Regierungen) bestehenden Reparationsinstitut soll ferner die Aufgabe obliegen, „unter Garantie des Völkerbundes internationale Anleihen auszugeben“, deren Abtragung einschließlich der Verzinsung durch Deutschland in Jahresraten zu bewirken“ ist, wobei darauf geachtet werden soll, daß die hierfür nötigen Summen hauptsächlich von den Kapitalisten aufgebracht werden.

Die Arbeiterschaft in allen beteiligten Ländern wird aufgefordert, ihre Landesregierungen zu veranlassen, „die von der internationalen Arbeiterschaft vorgeschlagenen Lösungen zu akzeptieren.“

Die internationale Gewerkschaftskonferenz legt Wert auf die Erklärung, daß der baldige Wiederaufbau der verwüsteten Provinzen und die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft nur durch freundschaftliches Zusammenwirken der Völker und auf der Grundlage der gegenseitigen internationalen Hilfe erfolgen kann. — Um so dringlicher ist darum die Pflicht aller Kreise Deutschlands, unzweideutige Beweise seines guten Willens zu geben.

Zum eigentlichen Wiederaufbau machen wir die nachstehenden Vorschläge:

Der französischen Regierung ist anzubieten:

1. alsbald für den Wiederaufbau der zerstörten Teile Nordfrankreichs und Belgiens mit allen Hilfsmitteln Deutschlands beizustehen und auf schnellste Heranziehung hinzuwirken, jedenfalls aber sofort
2. in den zerstörten Gebieten mit Aufräumungsarbeiten und Aufforstungsarbeiten zu beginnen. Ueber die Erledigung der praktischen Durchführung möge die französische Regierung der deutschen Regierung Vorschläge unterbreiten, andererseits muß die deutsche Regierung auf Verlangen an die andere Seite mit positiven Vorschlägen herantreten; insbesondere über die Form der Auftragsvergebung, der Bestellung von deutschen Arbeitskräften, deren Entlohnung, Unterkunft, Verpflegung und der Sicherstellung ihrer sozialen und politischen Rechte usw.;
3. Ziegelwerke im Aufbaubereich durch Deutschland instand zu setzen oder neue zu errichten, ebenso Kalk-, Gips- und Zementwerke dazwischen zu erbauen, die erforderlichen Maschinen und Geräte zu liefern, um mit der Gewinnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien für Baustoffe beginnen zu können. Hierüber hinaus heimische Baustoffe und Baumaterialien aus Deutschland zu liefern;
4. Vorkehrungen zu treffen, daß die im Aufbaubereich nicht vorhandenen Geräte und Maschinen für Baustoffe aus Deutschland herangeführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten Einrichtungen erforderlich sind;
5. sofort mit der Anfertigung von Wohnbauten aller Art, mindestens aber 25 000 Holzhäuser (Wohnhäuser) zu beginnen und diese vor Beginn der kälteren Jahreszeit aufzustellen, um den ungemein dringenden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorerst zu begegnen;
6. dazu die Ausstattung, z. B. die Möbel, Defen, Kochherde und Kochgeschirre zu liefern;
7. Deutschlands Bereitwilligkeit zu erklären, nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Behörden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen. Ob diese Bauten in eigener Regie der französischen oder der deutschen Regierung, oder im gemeinwirtschaftlichen Betriebe, oder durch private Unternehmerbetriebe, oder unter Zulassung aller drei Betriebsformen auszuführen gewünscht werden, darüber soll die französische Regierung der deutschen Regierung baldmöglichst Vorschläge unterbreiten.
8. Im Einvernehmen mit den deutschen Bauarbeiterorganisationen einschließlich des Bundes der technischen Angestellten und Beamten versichert die deutsche Regierung, daß die Mitglieder dieser Organisationen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch Arbeitsleistung mitzuwirken. Ueber die Ideen, materiellen und sozialen Bedingungen sollte zunächst jede Regierung mit den Bauarbeiterorganisationen ihres Landes Verhandlungen pflegen. Die französischen und die deutschen Bauarbeiterverbände haben ihrerseits solche Verhandlungen bereits eingeleitet und am 17. Februar d. J. in Genf unter Leitung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes ihre Wünsche formuliert.

Das Attentat auf die Siegessäule

Vor dem Ausnahmegericht des Berliner Landgerichts I begann am Montag die Verhandlung gegen 11 Angeklagte wegen der verübten Sprengung der Siegessäule. Anklagevertreter ist Staatsanwalt Jäger, die Verteidigung der 11 Angeklagten haben die Justizräte Fränkl und Broh übernommen. Vorsitzender des Gerichtshofes ist Landgerichtsrat Braun (Verhandlungsleiter des Hüller-Prozesses). Etwa 20 Zeugen sind geladen. Bei Eintritt in die Verhandlung teilt der Vorsitzende mit, daß Max Hölz verhaftet sei. Obwohl ein Zusammenhang mit der jetzt zu verhandelnden Sache vorhanden zu sein scheint, bleibe die Anklage auf die jetzigen Angeklagten beschränkt. Zehn der Angeklagten sind des Hochverrats und des Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz beschuldigt, der Kunstmalers Wolf der Beihilfe zu diesem Verbrechen.

In längeren Ausführungen erklärt Justizrat Broh das Sondergericht für verfassungswidrig. Der Staatsanwalt widerspricht den Ausführungen. Hierauf stellte Justizrat Fränkl folgenden

Verfagungsantrag:

Der Verteidigung muß im Interesse der Angeklagten daran gelegen sein, die Vorwissenisse, die der Anklage zugrunde liegen, zur restlosen Aufklärung zu bringen. Die Verteidigung ist der Überzeugung, daß mit größter Sorgfalt und Genauigkeit festgestellt werden muß, wer die treibende Kraft gewesen ist, in welchem Ausmaß und Interesse sie tätig gewesen und wie es ihr gelungen ist, andere in ihren Dienst zu zwingen. Daher muß die Verteidigung vor allem darauf Gewicht legen, daß der von der Anklage als „Herrn“ bezeichnete Mann und eine weitere Persönlichkeit, die sich fast ständig in seiner Umgebung befunden hat, ebenfalls genötigt werden, vor Gericht zu erscheinen. Die Verteidigung glaubt, in der Annahme nicht zu irren, daß diese beiden Personen der Polizei nicht unbekannt und aus Gründen, die heute noch nicht erörtert zu werden brauchen, außer Betracht gelassen worden sind. Das Verfahren gegen die 11 Verhafteten schwebt in der Luft, wenn nicht zu gleicher Zeit der sog. genannte Herr, den wir noch als Franz Kramer bezeichnen, und der mit ihm an den Sitzungen beteiligte gewesene Freund Willi Pieper aus Neudörfen zur Hauptverhandlung herangezogen werden. Franz Kramer ist, wie leicht unter einem anderen Namen, am 29. März d. J. in Halle a. S., im Hause Neißstraße 84, verhaftet worden. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß im Hinblick auf diese Ausführungen nicht gefordert werden darf, daß die Verhafteten verhandelt werden kann. Was sich durch die Hinderbeziehung von Kramer und Pieper in dieses Strafverfahren ergeben wird, kann von erheblicher Bedeutung für die Frage der Schuld, mindestens aber für das Strafmaß werden. Daher wird die Verlegung zum Zwecke weiterer Ermittlungen beantragt.

Den Ausführungen des Justizrats Fränkl schloß sich Justizrat Broh an. Der Staatsanwalt verlangt von dem Gericht, daß wenn es dem Verfagungsantrag der Verteidigung entsprechen sollte, daß die Verlegung erst nach Vernehmung der Angeklagten erfolge. Nach Beratung erklärte der Vorsitzende, daß die Sondergerichte zuständig seien. Vor Erledigung des Verfagungsantrages der Verteidigung soll erst die Vernehmung der Angeklagten vorgenommen werden. Es erfolgte nunmehr die

Vernehmung der Angeklagten

Der Angeklagte Verdon sagte aus: Von der R. A. G. D. wurde ich als Delegierter nach der Verlichingensstraße gelandt, um dort an einer Funktionärskonferenz teilzunehmen. Ich kam in ein verliches Zimmer, in der Herr J. sprach. Aus dem Zimmer konnte ich nicht heraus, ich mußte mir das ganze Theater mit anhören. Ob Hölz in dieser Sitzung war, weiß ich nicht. In dieser Versammlung teilte Herr J. die Posten für die beabsichtigte Sprengung der Siegessäule ein. Am 11. März, zwischen 4 und 6 Uhr nachmittags, zog ich zum erstenmal als Posten auf. Ich konnte nicht anders. Herr J. und der andere schenken uns die Pistole auf die Brust, man mußte eben mitmachen. Am Sonnabend, den 12. März, zog ich wieder auf Posten und wurde von Noebes abgelöst. Abends ging ich in die Wohnung von Wolf, wo wir uns alle trafen. Herr J. gab die Anweisung, morgens um 4 Uhr müßten wir alle nach der Siegessäule ziehen. Hanne mann und ich gingen zusammen nach dem Königsplatz. Nachdem ich annahm, daß die Sprengstoffe in der Siegessäule untergebracht seien, ging ich nach dem Bahnhof Friedrichstraße, da ich dachte, daß es zu einer Schießerei käme. Ich hielt die ganze Sache für eine Spitzelmasche.

Der Angeklagte Neumann bezeugt das Geständnis, daß er bei der Polizei gemacht hat, als abgepreßt. In der Versammlung in der Verlichingensstraße waren etwa 13-14 Personen anwesend. Man vertrat dort die Ansicht, daß

die Revolution zu langsam vorwärtschreite,

deshalb müßten Gewalttats unternommen werden. Auch ich wurde zum Postenstellen eingeteilt, und zwar wurde ich beauftragt, am Morgen vor der Sprengung vor der Tür der Siegessäule aufzuwachen. Als die Ladung in die Säule hineingepackt wurde, stand ich Posten. Ich hatte eine Pistole bei mir und sollte, wenn jemand käme, schiessen, was aus dem Lauf herauskame. Ich beide und beschwöre es, daß der protokollierende Richter über meine Aussage ein solches Protokoll angefertigt hat. Schon damals sagte ich, daß ich einzelne der Angeklagten nicht erkenne. Mir wurde aber die Feder in die Hand gedrückt und ich mußte das Protokoll unterschreiben, in dem von Wiedererkennen einzelner Angeklagter die Rede war. Zum 21. März wurde ich von einem Unbekannten in die Wohnung von Wolf geladen und dort mit anderen Angeklagten verhaftet.

Da dem Angeklagten Lemke unwohl geworden war, wurde die Verhandlung auf eine halbe Stunde unterbrochen und dann der Angeklagte Hanne mann vernommen. Hanne mann will sich auf Einzelheiten der Besprechungen in der Verlichingensstraße nicht mehr erinnern können. Der Mann, der dort sprach, erörterte die politischen Ereignisse und forderte, daß die Revolution einen unabhelfenden Stoß erhalten müsse. An der Siegessäule habe er mit einer Waffe Posten gestanden. Ich hatte den Auftrag, zu patrouillieren und verdächtige Personen zu beschägen. — Wort: Hat dort Herr J., nachdem die Sprengstoffe in der Siegessäule untergebracht waren, den Pfiff zur Flucht gegeben. — Angekl.: Das kann ich nicht sagen, denn ich habe mich schon vorher ins Gebüsch gedrückt. Herr J. trat außerordentlich energisch auf und hat uns erklärt,

wer nicht mitmache, sei erledigt.

Von der Partei aus wurden wir auf dem Arbeitsnachweis aufgerufen und zu den Sitzungen in der Verlichingensstraße delegiert. Der Schlosser Friedrich Noebes gibt an, ebenfalls Posten vor der Siegessäule gestanden zu haben. Herr J. habe einen hypnotischen Einfluß auf ihn ausgeübt.

Verteidiger Justizrat Fränkl: Der Angeklagte war der erste, der vernommen wurde. Ich bitte, den Angeklagten zu fragen, ob ihm bei der Vernehmung im Polizeipräsidium nicht bereits ein ausführlicher Bericht über die Vorgänge an der Siegessäule vorgelegt worden ist. — Angekl.: Es wurde mir gesagt, wie alles vor sich gegangen sei. Ich erklärte deshalb: Wenn Sie schon alles wissen, brauche ich ja nicht mehr vernommen zu werden. — Verteidiger Justizrat Broh: Ich stelle die Tatsache fest, daß die Polizei schon vor der Vernehmung der Angeklagten Berichte über die Vorgänge an der Siegessäule in Händen hatte. Es hat sich also ein Spitzel unter den Angeklagten befunden, der die Polizei informiert hatte.

Der Metallschleifer Karl Kranz bestreitet ganz entschieden, in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Er sei wohl Mitglied der R. A. G. D. und sei auch einmal in der Wohnung von Wolf gewesen, aber nur zur Anhörung eines Vortrages über Kunst und Wissenschaft. Bei der Verhaftung dieses Angeklagten war ein nicht abgabepflichtiger Revolver bei ihm gefunden worden. Auf Verfragen erklärte die anderen Angeklagten, daß sie Kranz nicht kennen. Auch der Arbeiter Kaminski bestreitet, sich an den Attentatsvorbereitungen beteiligt zu haben. Kaminski wurde in der Woh-

nung des Kunstmalers Wolf verhaftet. Eine Pistole, die man in seinem Besitz fand, war samt einem Wappenstein für Herr J. bestimmt, der dem Angeklagten unter dem Namen Bruno Schulz bekannt war. Auch der Wappenstein lautete auf diesen Namen.

Die Verteidigung fragt an, ob sich die Photographie von Herrn J., die in der Wohnung von Wolf beschlagnahmt wurden, bei den Akten befinden. Der Vorsitzende stellt fest, daß diese beiden Photographien nicht in dem Aktenstück enthalten sind. Die Verteidigung beantragt die Herbeischaffung dieser beiden Bilder.

Der Angeklagte Schürchinski sagt aus, daß ihm keine künstlichen früheren Aussagen auf der Polizei vorgelegt worden seien. An den Vorbereitungen über die Sprengung der Siegessäule hat der Angeklagte teilgenommen und zweimal Posten an der Siegessäule gestanden. Der Angeklagte erklärt, daß er Herr J. für einen Spitzel gehalten

habe. Diese Annahme sei verstärkt worden durch die Tatsache, daß Herr J. an der Tür der Siegessäule gestanden habe und von zwei vorübergehenden „Grünen“ nicht behelligt worden sei. Herr J. habe ihm gedroht, daß sein Leben verwirrt wäre, wenn er nicht mitmache. — Der Schriftföhrer Walter Baumgart hat an einer Besprechung teilgenommen, in der über ein Attentat auf die Siegessäule jedoch nicht gesprochen worden war. An der Siegessäule war der Angeklagte nicht. Er bestreitet auch, sich irgendwie an den Vorbereitungen zur Sprengung der Siegessäule beteiligt zu haben. Der Angeklagte führt aus, daß er Herr J. für einen Spitzel gehalten habe und ständig hinter ihm hergewandert sei, um ihn zu entlarven. — Der Kriegsmalder Lemke bestreitet weinend jede Beteiligung an den Attentatsvorbereitungen. Er gehöre überhaupt keiner politischen Partei an. Auch der Arbeiter Eduard Wehring bestreitet, in die Angelegenheit verwickelt zu sein. Durch Zufall habe er in der Wohnung des Kunstmalers Wolf die angeklagten Genossen getroffen. Von Herr J. habe er den Auftrag erhalten, sich nach der Siegessäule zu begeben und im Gebüsch versteckt auf verdächtige Personen zu achten. Er sei aber nicht hingegangen, sondern er hätte seine Wohnung aufgesucht.

Der Angeklagte Kunstmalers Wolf gibt an, über die Attentatsvorbereitungen nichts gewußt zu haben. Herr J. durch Baumgart bei ihm eingeführt worden und habe sich die Erlaubnis erbeten, mit einigen Gefinnungstreuen eine Besprechung in seiner Wohnung abzuhalten. Dieser Bitte habe er entsprochen. Er habe wohl der kommunistischen Weltanschauung, gehöre aber keiner politischen Partei an. — Nach der Vernehmung der Angeklagten greift die Verteidigung auf ihren Verfagungsantrag zurück. Der Vorsitzende erklärt jedoch, daß er erst die Zeugen vernehmen wolle.

J. A. Broh: Ich beantrage, den Siegessäulenwächter zur Vernehmung zu laden und stelle unter Beweis, daß das Paket mit den Sprengstoffen nicht in der Siegessäule war, als sie geöffnet wurde. Erst gegen 11 Uhr wurde das Paket in der Siegessäule niedergelegt, damit es „entdeckt“ werden konnte.

Zeugenvernehmung

Franz Pau, Kassierer der Siegessäule: Um 1/10 Uhr wurde die Siegessäule für das Publikum eröffnet. Zwischen 11 und 12 Uhr kamen zwei Herren und drei Damen und lösten Eintrittskarten. Der eine der Herren hatte ein Paket und sagte zu seinem Begleiter: Halten Sie mal meinen Apparat. Ich dachte, es würde sich um einen photographischen Apparat handeln. Etwa 20 Minuten später teilte mir ein Besucher mit, daß oben in der Siegessäule ein verdächtiger Karton läge. Kurze Zeit später teilte mir dies auch ein anderer Besucher mit. Ich ersuchte einen Freund, nach der Polizei zu gehen und die Angelegenheit dort zu melden. Als zwei Reichwehrojoldaten kamen, hat ich sie, den Karton herunterzuholen. Der eine der Soldaten erklärte:

wenn es noch zehn Minuten gedauert hätte, dann wäre die Sache in die Luft geflogen.

J. A. Broh: Also, bevor die zwei Herren und die drei Damen die Siegessäule besucht hatten, hat Ihnen niemand mitgeteilt, daß sich in der Siegessäule ein verdächtiger Karton befindet? — Zeuge: Jawohl, vorher war kein Karton vorhanden.

Dr. Hadorf, der als Sprengstoff-Sachverständiger geladen ist, gibt an, daß sich in dem Karton kohlensäurehaltige Rilo-Dynamitpatronen und fünf Rilo-Pipetten befunden haben. Es handelt sich um Patronen aus dem Mansfeldischen Revier. Die Zündschnur war etwa fünf Meter lang und hatte eine ursprüngliche Länge von acht Metern. Ihre Brenndauer beträgt 13-14 Minuten. Wenn die Sprengstoffmenge in der richtigen Weise angebracht worden wäre, dann hätte sie eine kolossale Wirkung gehabt. Man kann nicht bestimmen sagen, daß die Säule durch die Entzündung der vorgefundenen Sprengstoffmengen auseinandergebrochen wäre. Die gefundenen Dynamitpatronen sind im Jahre 1919 hergestellt und kamen im Jahre 1920 an die Kupferhüttenwerke der Gewerkschaft in Mansfeld zur Ablieferung. Die Zündschnur kann durch irgendeinen Zufall ausgegangen sein. Sprengtechnisch war der Karton nicht richtig placiert.

Justizrat Broh: Wenn jetzt 5 Uhr die Zündschnur angezündet worden wäre, kann sie dann noch um 11 Uhr brennen? — Sachverständiger: Das ist günstig ausgeschlossen. — Justizrat Broh: Es wird immer deutlicher, daß der Karton nicht morgens um 5 Uhr niedergelegt worden ist, sondern erst um 11 Uhr. Und nicht um ein Attentat zu begehen, sondern um ein Theater zu machen.

Der Blindstoff-Sachverständige Dr. Fischer macht etwa dieselben Angaben wie Dr. Hadorf. Auch er erklärt, daß die Zündschnur unmöglich um 11 Uhr noch glimmen konnte, wenn sie morgens um 5 Uhr angezündet worden wäre. Die Brenndauer der Zündschnur betrage 13-14 Minuten.

Zeuge Schühe Feldmann: Am 13. März, mittags zwischen 12 und 1 Uhr, ersuchte uns der Kassierer der Siegessäule, das verdächtige Paket in der Siegessäule herunterzuholen.

Das Paket lag so, daß es jeder Besucher der Siegessäule sehen mußte.

Die Zündschnur hing lang herunter. Ob diese brannte, kann ich nicht genau sagen. Ich habe nur gesehen, wie der Hular Damm die Zündschnur abgehaselt hat. — Zeuge Hulzer Damm: Ich habe die Zündschnur mit dem Seitengewehr auseinandergeschlagen und kann nicht genau sagen, ob sie gebrannt hat. — Wachtmeister Gahmann: Der Oberwachmeister Feuerstein und ich hatten am 13. März Radfahrpatrouille. An der Siegessäule wurden wir von Zivilisten angerufen, die uns aufforderten, sofort nach der Siegessäule zu gehen, denn dort brenne eine Höllmaschine. Der Oberwachmeister Feuerstein sagte, daß die Zündschnur noch brenne. Er hat sie dann ausgelöscht. — Oberwachmeister Feuerstein: Es roch fengelig und es kam mir vor, als ob sie die Schnur noch glimmte. Aus der Schnur strömte ein heiserer Rauch.

Der Zeuge Kriminalkommissar Scherler gibt zu, daß er den Angeklagten gesagt habe, er wisse alles. Den einzelnen Angeklagten habe er bestimmte Sachen vorgehalten. — Justizrat Broh: Sie haben alles alles vorher gewußt? — Zeuge: Jawohl. — Justizrat Broh: Haben Sie es von Herr J. gewußt? — Zeuge: Jawohl. — Justizrat Broh: Verweigern Sie darüber die Auskunft? — Zeuge:

Ich darf darüber nichts ansagen.

Justizrat Fränkl: Haben Sie es etwa von Pieper gewußt? — Zeuge: Ohne Erlaubnis meiner Behörde darf ich darüber nichts auslagern. — Justizrat Broh: Wem haben Sie die Besorgung für die Entdeckung der Angelegenheit ausgegahlt? — Zeuge: Darüber verweigere ich die Auskunft. — Justizrat Fränkl: Haben Sie Ermittlungen eingeleitet gegen Pieper und Hering? — Zeuge: Hering ist identisch mit Herr J. Der Mann ist flüchtig. — Justizrat Fränkl: Ist Ihnen bekannt, daß

Hering unter dem Namen Kramer in Halle am 29. März verhaftet war und freigelassen worden ist. — Der Zeuge gibt eine ausweichende Antwort, die am Besten nicht zu verstehen ist. — Justizrat Fränkl: Ist Ihnen über den Haupttäter nicht mehr bekannt als nur sein Name? — Zeuge geht der Beantwortung dieser Fragen aus dem Wege. — Justizrat Broh: Haben Sie einem der Mittäter die Belohnung ausgegahlt? — Zeuge: Ich möchte vorläufig auch diese Frage nicht beantworten. — Justizrat Broh: Haben Sie von einem, der sogar Posten gestanden hat, alles erfahren? — Zeuge: Auch darauf möchte ich keine Antwort geben. — Der Staatsanwalt erklärt, daß die Polizei gar keine Veranlassung habe, ihre Leute bloßzustellen. — Justizrat Fränkl: Es handelt sich nicht darum, jemand bloßzustellen, sondern darum, um die Wahrheit festzustellen. In der Wohnung des Kunstmalers Wolf sind zwei Photographien des Herrn J. beschlagnahmt worden, die nicht in den Akten enthalten sind. — Zeuge: Ich kann nicht angeben, wo sie verbleiben. — Justizrat Fränkl: Wie ist es möglich, daß andere Kreise die Persönlichkeit Herr J. feststellen konnten, nur der hohen Polizei ist das nicht gelungen? — Zeuge: Ich zucke mit den Schultern. — Justizrat Fränkl: Ist Pieper ein guter Freund von Herr J. gewesen? — Zeuge: Ich weiß absolut nichts.

Aus den weiteren Zeugenausagen ist es von Interesse, daß die Frau des Kunstmalers Wolf angibt, daß in der Zeit, in der sie von der Polizei festgehalten wurde, ein Mann und eine Frau in ihrer Wohnung waren. Sie habe Pieper im Verdacht gehabt, denn kurz nachdem sie Pieper kennen gelernt habe, seien ihr Schlüssel abhanden gekommen. Der Kriminalkommissar Scherler habe ihr nach Mitteilung dieses Vorfalls erklärt, daß er niemand in ihre Wohnung geschickt habe. Sie habe das Gefühl gehabt, daß Scherler aus Grund ihrer Mitteilungen nichts veranlassen wollte. Um 5 Uhr wurde die Verhandlung auf Dienstag verlegt.

Ausnahmegerichte an der Arbeit

Vor dem sogenannten „Volksgesicht“, zu deutsch Ausnahmegericht, in München fanden die ersten Kommunistenprozesse statt. Der Kaufmann Heupel und der Schreiner Lallinger waren wegen Vorbereitung eines „hochverräterischen“ Unternehmens angeklagt. Es war ihnen zur Last gelegt, 24 Tafeln und Plakate gemacht zu haben, die nach Ansicht des Staatsanwalts zur gewalttätigen Verfassungsänderung aufforderten. Zur Benutzung der Tafeln kam es nicht, weil die geplanten Umzüge nicht stattfinden konnten.

Die Angeklagten bestritten, von irgendeinem in München geplanten Zustand oder von geplanten Straßendemonstrationen gewußt zu haben. Zeugen wurden überhaupt nicht vernommen. Das Gericht verurteilte die Angeklagten mit der eigenartigen Begründung, daß in der Vorkriegszeit wohl auch Tafeln mit solchen Aufschriften verwendet worden seien. Damals hätte es sich aber um wirtschaftliche Kämpfe gehandelt. Hier aber ständen politische Interessen einer Partei, welche dem Diktat von Moskau gehorche, in Frage und demgemäß müßte auch diesen Tafeln eine ganz andere Bedeutung beigemessen werden. Das Urteil lautete gegen Heupel auf fünf Monate und gegen Lallinger auf vier Monate Gefängnis.

Des weiteren hatten sich die Kommunisten Uchenwald, Anton und Johann Haborz wegen „Aufforderung zum Hochverrat“ zu verantworten, weil sie in den Märztagen ein Flugblatt der R. A. G. D. verteilt hatten, in dem in allgemeinen kommunistischen Phrasen das Münchener Proletariat zur Kampfbereitschaft aufgefordert wurde. Das Flugblatt schloß mit dem Satz: „Es lebe die Revolution!“ Die Angeklagten, politisch völlig naive Menschen, hatten das Flugblatt nicht einmal richtig gelesen; es aber aus Parteilichkeit verbreitet. Der Staatsanwalt verlangte je acht Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf je vier Monate Gefängnis und gab dem Urteil die klassische Begründung, daß es im Interesse der als anständige Menschen und tüchtige Arbeiter anzusehenden Angeklagten bedauere, eine so strenge Strafe ausprechen zu müssen. Exemplarische Strafe sei jedoch nicht wendig.

In der öffentlichen kommunistischen Versammlung in München am Donnerstag vor Ostern wurde eine Generalsitzungsresolution angenommen. Der Kommunist Singer, der die Versammlung leitete, hatte die Resolution verlesen und nach ihrer Annahme unterzeichnet. Das Gericht verurteilte ihn wegen „Aufforderung zum Hochverrat“ zu sechs Monaten Gefängnis.

August Scherl gestorben

Gestern vormittag ist der bekannte Zeitungsverleger August Scherl in einem Alter von 70 Jahren gestorben. Aus kleinen Anfängen hat er sich zu einem der maßgebenden Herren der bürgerlichen Presse heraufgearbeitet und in dem von ihm gegründeten „Totalanzeiger“ den Typus jener angeblich unpolitischen Presse geschaffen, deren einzige Aufgabe darin besteht, durch Sensationshascherei, Liebedienerei vor den herrschenden Gewalten und systematische Verdummung der breiten Leserschaft der politischen und geistigen Reaktion Hefferdienste zu leisten. Mag August Scherl auf dem Gebiete der Organisation des Nachrichtenwesens und der technischen Ausgestaltung des Zeitungswesens Hervorragendes geleistet haben, so ist das Ergebnis seines Lebenswerkes doch nur dies, daß er die Herrschaft des Kapitalismus über die Presse und damit ihre geistige Verödung und Verflachung gefördert hat.

Erwähnt sei nur noch, daß der Scherlsche „Totalanzeiger“ das einzige Blatt war, das der Kaiser Wilhelm im unerschütterlichen Zustand genoh. — ein Beweis mehr dafür, daß dieses Blatt von einem normalen Menschen und Staatsbürger nur in geringschätztem Zustande gebraucht werden kann.

Kleine Nachrichten

Eine Protestnote über die Festsetzung der Zollgrenze ist von der deutschen Friedensdelegation der Reichstagskonferenz überreicht worden. Die Note erbittet in verschiedenen Bestimmungen des neuen Zollregimes eine flagrannte Verletzung des Versailler Friedensvertrages.

120 000 Deutsche haben laut einer vom Hilfsbund für die Elb-Lothringen veröffentlichten Statistik Elb-Lothringen verlassen.

Die Nichterneuerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages hat zur Folge gehabt, daß kein deutsches Schiff gegenwärtig die schwedische Küste anlaufen kann. Die Ruhnicker dieser Situation sind natürlich die schwedischen Reedereigesellschaften, die auf diese sehr einfache Weise die bedrohliche deutsche Konkurrenz verbannt haben.

Der Reichskanzler hat nach einer Entscheidung des Schweizer Departements für politische Angelegenheiten auch weiterhin in der Schweiz bleiben.

Der Staatssekretär für das besetzte Gebiet, die „Altsächsische Zeitung“ erklärt, daß der Ministerialdirektor beim Reichskommissar für die besetzten Gebiete in Koblenz, von Brandt, zum Staatssekretär für das besetzte Gebiet auszuwählen sei.

Das französische Budget für 1921. Der französische Senat hat mit 300 gegen 4 Stimmen das Budget für 1921 angenommen. Er hat gegenüber den Beschüssen der Kammer, die 1 Milliarde 300 Millionen Francs an den vorgelegenen Forderungen gekürzt hat, weitere Abstriche im Betrag von 700 Millionen Francs vorgenommen.

Der Befehlungsstand ist über ganz Griechenland verhängt worden. Bei der Einschiffung von Truppen in Neuplia, die für Kleinasien bestimmt waren, entstand ein Meuterei. Die Soldaten riefen: „Nieder mit dem Krieg!“

Die englische Neutralität im griechisch-türkischen Krieg ist in einer formellen Erklärung der britischen Regierung abgegeben worden.

Groß-Berlin

Die Wallfahrt nach Potsdam

Vom nationalen Kummelplag

Die bürgerliche Presse überschlägt sich förmlich in denotestischen Kundgebungen anlässlich des Todes der Gattin des Kaisers Wilhelm. Spaltenlang werden auf das ausführlichste die Vorbereitungen zu der Beerdigung geschildert und dem Deutschen, der eben noch immer Anhänger des monarchistischen Gedankens ist, wird jede Einzelheit aus dem Familienleben und aus dem Exil des davongelaufenen Hohenzollern erzählt.

Die „Deutschnationale Korrespondenz“ hat am Sonntag durch die nationalistische Presse eine Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei verbreitet, in der diese Partei den Anschein zu geben versucht, die Beilegung der Kaiserin solle keinesfalls zu politischen Demonstrationen benutzt werden. Wenn die Leute geschwiegen hätten, so wäre das besser gewesen; wir brauchen wohl nur daran zu erinnern, wie die Trauerfeier in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche, die vom Deutschen Offiziersbund veranstaltet war, zu einer politischen Kundgebung für die Person und das System Ludendorff benutzt wurde. Es genügt ein Blick in die nationalistische Presse, und es genügt, mit offenen Augen durch die Straßen Berlins zu gehen, um beobachten zu können, daß die Unwahrheit der deutschnationalen Erklärung durch die Tatsachen erwiesen wird. Das Ableben dieser Frau wird zu einem beispiellosen monarchistischen Kummel mißbraucht.

Eine Korrespondenz berichtet, daß der Stolz der Teilnehmer an der Beilegungsfeierlichkeit schon eingeleitet hat. In Potsdam ist selbst zu den höchsten Preisen kein Zimmer mehr zu haben. Der antike Tempel im Park von Sanssouci war die letzte Tage das Ziel unzähliger Unterthanen. Bei dem Charakter unserer heutigen Gesellschaftsordnung ist es wohl selbstverständlich, daß nach echt kapitalistischer Methode dieser Trauerfall zu einem beispiellosen Geschäftemachen ausgenutzt wird.

Von ganz besonderer Bedeutung ist es aber, daß sich an diesem Beerdigungsummer nicht nur deutsche Nationalisten, sondern auch die edrussischen Nationalisten beteiligen. Dadurch wird auf neue die geistige Uebereinstimmung zwischen den „echten Preußen“ und den „echten Russen“ erwiesen. So erzählt man von der nationalen Presse, daß Abordnungen derselben russischen Weisgardisten vertreten sein werden, die seinerzeit das Baltikumabenteuer inszenierten und später beim Rapp-Putsch die Sache der deutschen Monarchisten unterstützten. An der Beilegungsfeierlichkeit werden Vertreter des Nationalverbandes russischer Offiziere und der Freiwilligen der russischen Weisgardisten des Fürsten Bermondit teilnehmen, ebenso sind Kränzchen eingegangen von den Kontroversolutionären Küssen, die sich in Deutschland herumtreiben, z. B. von dem Hetmann Semenoff. Diese Tatsache zeigt wieder einmal, daß die Nationalisten selbst die Kriegsfeindschaft vergessen können, wenn es sich um eine Demonstration für den Monarchismus und die internationale Reaktion handelt.

Die Arbeiterschaft wird von diesem Kummel nicht berührt. Sie hat aber Gelegenheit, bei denjenigen, die nicht alle werden, mit der Aufklärungsarbeit einzusetzen und darauf hinzuwirken, welche politische Bedeutung diese Vorgänge haben. Verhört man doch schon in der bürgerlichen Presse vom Schlage des „Lokalanzeigers“, die Arbeiteriertel als ebenso kaiserinnenfreundlich hinzustellen, wie die westlichen Vororte. Der „Lokalanzeiger“ schreibt, es sei bemerkenswert, daß dem Rufe „Fahnen heraus“ auch der Norden und Osten gefolgt seien, sogar ebenso Neukölln und andere Vororte. Wenn die nationale Presse daraus den Schluß zieht, die Arbeiterschaft sei monarchistisch gesinnt, so ist das dieselbe bewährte Pöze, wie wenn sie die von den Monarchisten veranstaltete Begräbnisdemonstration als „unpolitisch“ hinstellt.

Der neue Frachttarif und die Lebensmittelpreise

Welche Wirkungen die am 1. April in Kraft getretene Erhöhung des Frachttarifs auf den Transport der Lebensmittel nach sich zieht, dürfte aus folgenden Zahlen ersichtlich sein. Es kosten an Fracht im Durchschnitt pro Fund: Spinat aus Erfurt (0,06 Pf.), 0,50 Pf., Hossleiter Kohl (1/2 Pf.) 3/4 Pf., schlesische Rirschen (2/3 Pf.), 0,50 Pf., Kartoffeln (1/2 Pf.) 3/4 Pf., Salzener Zwiebeln (1/2 Pf.) 3/4 Pf., Holländ. Gurken je Stück

(7 Pf.) 1,10 Pf., Holländ. Kopfsalat je Stück (7 Pf.) 0,60 Pf., Holländ. Stummetst je Stück (15 Pf.) 2.— Pf., Holländ. Weizenlohl je Fund (3/4 Pf.) 0,16 Pf. (Die eingeklammerten Zahlen sind die Frachtpreise von 1914.)

Dieser neue Tarif macht die Beschaffung der relativ billigen Lebensmittel geradezu unmöglich, kommt hinzu, daß für die Waggongestellung durch die Eisenbahn noch besondere Vorschriften bestehen, so muß z. B. für Waggons, deren Ladegewicht nicht voll ausgenutzt ist, das volle Gewicht bezahlt werden, das aber auch dann noch, wenn ein kleiner Wagon von der Eisenbahnverwaltung angefordert, wegen Mangel an solchen aber ein größerer Wagon gestellt wird.

Es ist dringend notwendig, daß im Interesse der Lebenshaltung unserer Bevölkerung besondere Tarife für die Lebensmitteltransporte eingeführt werden, wie das früher der Fall war. Es besteht auch die Gefahr, daß das so beliebte holländische Gemüse infolge der hohen Frachtpreise unmöglich wird einzuführen sein.

Verbrecherjagd auf fahrendem Zuge

Einem Postanweisungsschwindel waren vor einiger Zeit die Postämter W 8, W 9 und W 37 zum Opfer gefallen. Dort wurden gefälschte Postanweisungen, die alle nötigen Unterschriften trugen, eingeschmuggelt. Erst nach Auszahlung der bedeutenden Beträge stellte sich bei den Buchungen heraus, daß die Postanweisungen gefälscht waren.

Eine Zeitlang hielten die Schwindelbeuten auf, um jetzt wieder in großem Umlauf aufgenommen zu werden. So erhielt ein Zigarrenhändler in der Brunnenstraße allein über 20 Bestellungen im Betrage von je 1000 M. Es lag so der Verdacht nahe, daß der Aufgeber mit dem Fälscher identisch sein würde. Als man hinter den neuen Postanweisungsschwindel gekommen war, wurde das Geschäft obsterdet, und als der Mann wieder erschien, von dem auf der Lauer liegenden Kriminalwachmeister Klem heimlich verfolgt. Diese Verfolgung entwickelte sich bald zu einer aufregenden Verbrecherjagd.

Der Mann bestieg mit den Paketen einen Straßenbahnwagen, der dann auch von dem Beamten benutzt wurde. In der Rosenhainer Straße sprang er in voller Fahrt ab und ließ nach dem Bahnhof Vorle. Auf dem Bahnhof wartete der Verfolgte, bis sich ein Stadtbahnzug bereits in Bewegung gesetzt hatte und sprang im letzten Augenblick in ein Abteil. Trotdem gelang es dem Beamten, gleichfalls noch aufzuspringen und mitzufahren. Er beobachtete dann händig den Mann und sah, wie dieser auf dem Bahnhof Westend den noch fahrenden Zug bei der Einfahrt verließ und auf die andere Seite hinüberlief um dort auf einen Zug zu springen, dessen letzter Wagen gerade den Bahnhof in umgekehrter Richtung verließ. Unter größter Anstrengung gelang es ihm auch, sich noch auf das Treibrett zu schwingen und an einen Türgriff anzuklammern. Wachtmeister Klem leitete ihn jedoch nach und auch er vermochte sich auf den Zug zu schwingen. Der Mann fürchte sich auf seinen Verfolger und versuchte, ihn vom Treibrett des fahrenden Zuges hinunterzuwerfen. Das gelang ihm jedoch nicht. Der Beamte mußte schließlich zu seiner Dienstwaffe greifen und den Mann unter Vorhaltung der Pistole zwingen, in ein Abteil zu steigen, in das er ihm folgte. Im Polizeipräsidium wurde der Festgenommene erkannt als der 23 Jahre alte Postbote Alfred Schreiber aus der Straßburgerstraße 76 zu Berlin-Weißensee. Die weiteren Ermittlungen ergaben, daß er auch der Fälscher der Anweisungen war.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt am Donnerstag zunächst die Einführung des Kammerers Dr. Karding vor, alsdann wird die in der letzten Sitzung nicht zum Abschluß gekommene Debatte über das Schulprogramm Paulsens fortgesetzt. Endlich sollen dann die Anträge der Deutschnationalen, sowie der Demokraten betr. Beurteilung der fälschlich Arbeiter bei der Beerdigung von Syll behandelt werden. Außerdem sind einige Anträge zu erledigen. Zur Beschlußfassung liegen eine ganze Anzahl Vorlagen vor. Von vorliegenden Anträgen seien erwähnt der Antrag Dr. Weyl und Genossen betr. Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Janenichs Erlass zieht nicht. Wie uns ein Leser unseres Blattes mitteilt, ist in der 236. Gemeindefchule der Unterricht anlässlich einer kirchlichen Trauerfeier für die ehemalige Kaiserin ausgefallen. Glaubte denn Herr Janenich im Ernst, daß seine Verfügung von den nationalistischen Herrschäften beachtet werden würde?

15. Verwaltungsbereich (Oberschöneweide, Niederschöneweide, Johannistal, Treptow-Baumhulenkweg, Adlershof und Alt-Glenside). Am Mittwoch, den 20. April, abends 7 Uhr, in Niederschöneweide, Berliner Str. 31, Distriktgeneralversammlung. Tagesordnung: Konstituierung, Wahl des Vorstandes, Geschäft-

liches, Verschiedenes. In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder Pflicht.

Markendorf. Der Rufus des Genossen Seger muß vom Mittwoch, den 20., auf Mittwoch, den 27. April verschoben werden. Die Kursteilnehmer werden gebeten, sich am Mittwoch, den 27. April, pünktlich abends 7 Uhr, einzufinden.

Milchlieferung. Am Dienstag, den 19., Mittwoch, den 20., und Donnerstag, den 21. d. M., werden die D 1., D 2. und D 3-Karten mit je 1/2 Liter Frischmilch beliefert. Am Dienstag, den 19., Mittwoch, den 20., und Donnerstag, den 21. d. M., werden die 1/2-Liter-Krankenkarten mit Frischmilch beliefert, mit Ausnahme der Bezirke 5, 6, 7 und 8. Als Ersatz für die ausfallende Frischmilch in diesen Bezirken wird 1/2 Liter Emulsionsmilch verausgabt. Die übrige Belieferung bleibt wie bisher.

Weißensee. Heute, Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, findet in der Aula des Realgymnasiums ein volkstümlicher Kunstabend statt. Genosse Rudner wird in einem Lichtbildvortrag die 90 schönsten Punkte der Süddeutschen Alpen zeigen. Die Konzertfängerin Elisabeth Brenneke wird durch einige Arien und Schubert-Lieder, unter Flügelbegleitung des Genossen Karl Hege, die Besucher zu fesseln versuchen, während die äußerst kunstbegabten Töchterchen der Genossen Lindenberg und Gürtler die „Madrigale“, die „Ahr“ und ein „Masas-Duett“ äußerst ausdrucksvoll durch Violine, Klavier und Gesang, zum Vortag bringen werden. Der geringe Eintrittspreis von nur 1 M. soll es jedem Kunst- und Bildungshungrigen ermöglichen, daran teilzunehmen.

Kundgebung der Oberhiesler. Im Lustgarten fand gestern eine Protestkundgebung gegen die von interallierter Seite ins Auge gefasste Teilung des oberhieslichen Abstammungsgebietes statt. Außer den Verbänden der Oberhiesler beteiligten sich Redner folgender Parteien: Deutschnationale Volkspartei, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratische Partei. Die nationalen Parteien waren blass, und die S. P. D. darf, da auch für sie das nationale Interesse vor dem internationalen kommt, dabei natürlich nicht fehlen. Zum Schluß wurde eine Resolution im Sinne der Kundgebung angenommen. — Handgreiflich wurden die Oberhiesler auch: Als heute nachmittag die Oberhiesler nach ihrer Kundgebung im Lustgarten im geschlossenen Zuge die Straße Unter den Linden entlangzogen, rief ihnen an der Ecke der Charlottenstraße ein Mann zu: „Wir können nichts daran ändern, daß Blech und Rohrlit an Polen fallen!“ Einige der Demonstranten fielen sofort über den Rufer her und wollten ihn lynchen. Schutzpolizisten sprangen dazwischen und nahmen ihn in Schutzhaft. Nachdem man ihn auf der nächsten Wache als den 30 Jahre alten Medizinal-Praktikanten Karl G. festgestellt hatte, der in einem hiesigen Krankenhaus beschäftigt ist, wurde er wieder entlassen.

Eindbruch bei der Interallierten Kommission. Besuch von Einbrechern erhielt in der Nacht zum 14. d. M. die Interalliierte Kommission in ihren Räumen in dem großen Saalhaus an der Budapester- und Vellenerstraße. Die Verbrecher drangen dort in den Keller ein und stahlen aus dem Vorrat vor den Kuchentischen einen Geldschrank, der 30 000 M. deutsches Geld und eine englische fünfzig-Pfund-Note enthielt. Der Schrank ist 1/2 Meter hoch und 1/2 Meter breit und wiegt 1 1/2 Zentner. Er stammt aus England und trägt die Aufschrift des Fabrikanten Wilties. Die Einbrecher haben ihn sicher mit einem Handwagen weggeschafft. Ueber den Verbleib des Schrankes oder seines Inhaltes ist noch nichts ermittelt. Die gestohlene fünfzig-Pfund-Note stammt von der Bank von England, Ausgabe vom 18. 11. 18 und trägt die Nummer 14/13 078. Für die Aufklärung des Eindbruchs ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen, die streng vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar von Heinrich im Zimmer 9 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Bei einem großen Silberdiebstahl ertrapt wurde der 21 Jahre alte Arbeiter Walter Schulz mit seinem Ehepaar, obwohl wiederholt vorbestraften Paul Siebalt aus der Justizburger Str. 3. Schulz war früher als Hausdiener in dem Silberwarengeschäft von Kromat in der Leipziger Straße 119/20 beschäftigt. Die Diebstahlsnotiz wurde er jetzt mit Siebalt zu einem nächtlichen Eindbruch aus. Die Verbrecher waren auch mit einer großen Beute an silbernen Tafelgeräten, die sie in mitgebachten Kuffern verpackt hatten, im ganzen 125 000 M. wert, entkommen, wenn nicht im letzten Augenblick der Hausmeister durch ein Geräusch auf sie aufmerksam geworden wäre. Dieser suchte die Räume ab, entdeckte die Verbrecher und ließ sie durch die Polizei festnehmen.

Verloren. Am Dienstag abend ist auf der Veranstaltung des Arbeiter-Sängerbundes eine Portemonnaie (Inhalt 100 M. und eine Karte zum Abholen eines Anzuges vom Reinigen) verloren gegangen. Der Finder wird ersucht, das Portemonnaie gegen gute Belohnung im Verlag der „Freiheit“, Zimmer 13, abzugeben. Die Veranstaltung fand in der Neuen Welt, Hafenseide, statt.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Aus dem Manuskript übertragen von Germania zur Mäthen Copyright by Der Stahl-Verlag Berlin-Halensee 1921

(Hl. Fortsetzung)

40.

(Nachdruck verboten)

Neils Schmeicheln hatten Peter derart ermutigt, daß er nicht zu Mc Ginney ging, um sich ein zweitesmal wegen Laumann beschimpfen zu lassen. Er begann Mc Ginneys ewigen Tadeln überdrüssig zu werden, war dieser nicht zufrieden, so möge er es einmal selbst versuchen, selbst auf einige Zeit ein Roter werden. Peter schlenderte den ganzen Tag und die halbe Nacht in den Straßen umher, dachte an Neil und freute sich zitternd über das halbe Verpörschen, das sie ihm gegeben hatte.

Am folgenden Tag trafen sie einander im Park. Niemand war in der Nähe, sie fanden eine einsame Stelle, und Neil gestattete ihm, sie zu küssen. Zwischen diesen Küssen entfaltete sie vor ihm einen erschütternden Plan.

Peter habe bisher die harte Arbeit getan, sich von den Leuten ausnützen, mit einem armseligen Trinkgeld abspülen lassen. Die anderen seien durch seine Informationen reich geworden. Dies habe Mc Ginney in seiner Wut über den Mißerfolg im Fall Laumann verraten. Peter müsse nun auf eigene Faust vorgehen, viel Geld verdienen, eine der Größen der Agentur werden. Peter kenne die Leute, wisse alle Einzelheiten, habe im Prozeß Goosber gelernt, wie die Sache zu handhaben sei. Es sei seine Pflicht, das Land von den Roten zu befreien, weshalb solle er aber nicht auch dafür Geld erhalten?

Neil hatte die ganze Nacht darüber nachgedacht, versucht, eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Schließlich war ihr der alte Bankier Neils Atermann eingefallen. Atermann war unglaublich reich, wurde der Finanzkönig von American-City genannt. Auch war er alt und ein arger Feigling; eben lag er krank zu Bett, und ein kranker Mann ist meist noch feiger als ein Gekunder. Peter müsse eine Bombenverschmörung gegen Atermann entwerfen. Er könnte diese Idee vor den Roten ausprechen, ihr Interesse dafür erregen, oder etliche Briefe fälschen, in die Taschen der Roten schmuggeln, Dynamit in deren Stuben verstecken. Wurde der Plan entdeckt, so war ein ungeheures Aufsehen gewiß, der Finanz-

König würde davon hören und sicherlich Peter belohnen. Vielleicht würde er Peter als seinen eigenen Geheimagenten anstellen, um sich vor den Roten zu schützen. Derart würde Peter wirklich viel Geld in die Hand bekommen, würde Mc Ginney und Guffey dinge können, anstatt von ihnen gedungen zu sein.

Wäre Peter allein gestanden, hätte er dann je einen derart gefährlichen Traum gewagt? Oder war er bloß ein kleiner Schwächling, das Opfer seiner eigenen Ängste und Eitelkeiten? Aber Peter stand nicht allein, er hatte Neil, und Neil gegenüber mußte er den tollkühnen Helden spielen. Es war wie in den alten Zeiten im Tempel, Peter brauchte viel Geld, um Neil einem anderen Mann zu rauben. Deshalb ging er auf ihren Vorschlag ein und besprach ihn mit Neil.

Am geeignetsten war Mc Cormid. Pats grimmiges Gesicht, seine verschlossene, geheimnisvolle Art entsprach Peters Auffassung von einem Bombenwerfer. Auch war Mc Cormid Peters persönlicher Feind; er war eben von seiner Agitationsreise zurückgekehrt und griff Peter in den verschiedenen sozialistischen Gruppen heftig an. Ja, Pat war einer der gefährlichsten Roten, sicherlich gehört er zu den Bombenwerfern!

Ein anderer, der sich eignete, war Joe Engel, den Peter bei einer Versammlung der Antidienstpflicht-Liga kennen gelernt hatte. Die Leute rissen Witze über den Namen des jungen Mannes; er sah wirklich wie ein Engel aus, mit hellen blauen Augen, die geradewegs aus dem Himmel zu stammen schienen, hellblondem Haar und einer Spur von Grübchen in den Wangen. Wenn aber Joe den Mund öffnete, ward ersichtlich, er sei ein Engel aus den niederen Regionen. Er war der kühnste und herausforderndste aller Roten, mit denen Peter bisher in Berührung gekommen war. Joe verachtete Ada Ruth und ihre sentimentale Haltung der Dienstpflicht gegenüber. Jetzt galt es nicht, Gedichte zu schreiben und Resolutionen einzubringen, jetzt brauchte man keine Leute, die sich weigerten, Uniform anzulegen; im Gegenteil, die Männer sollen die Gewehre annehmen, sich einzerehieren lassen und zur rechten Zeit die Gewehrläufe umdrehen. Agitieren und Organisieren sind ja ganz schön am rechten Ort, jetzt jedoch, da die Regierung es wagt, das Proletariat herauszufordern und ins Heer einzureihen, braucht die sozialistische Bewegung Tatmenschen.

Joe Engel war in den Waldgegenden gewesen; er kannte die Stimmung der Leute, der Holzfüller und Köcher. Diese Menschen sind des Gezebes überdrüssig, haben Geheim-

komitees gebildet, die alles übernehmen werden, sobald die Kapitalisten samt ihrer Regierung aus dem Wege geräumt worden sind. Wurde inzwischen ein Sheriff oder ein Staatsanwalt allzu übermütig, so wurde er „fortgeschafft“. Dies war ein Lieblingsausdruck des blauäugigen Engels, den er jede halbe Stunde in seinen Reden wiederholte. „Ja, er wurde zu übermütig, wir haben ihn „fortgeschafft“.“

41.

Peter und Neil spannen ihre Pläne gegen Pat Mc Cormid und Joe Engel weiter aus. Peter mußte sie alle versammeln, von Bomben und politischen Worten reden. Jenen, die Interesse bezogten, solle er ein Schreiben in die Tasche stecken, worin sie aufgefordert würden, sich im Geheimen zusammenzufinden. Neil würde die Zettel schreiben, damit kein Verdacht auf Peter falle. Sie zog einen Bleistift und einen kleinen Block aus ihrer Handtasche und schrieb: „Wenn Sie wirklich bereit sind, die Rechte des Proletariats durch eine kühne Tat zu fördern, treffen Sie mich...“ Sie hielt inne, fragte: „Wo?“

„In den Ateliers“ erwiderte Peter, und Neil schrieb: „In den Ateliers.“ „Genügt das?“ erkundigte sie sich.

„Zimmer 17“, sagte Peter bei. Er wußte, dies Zimmer wurde von einem russischen Moler Nikitin, der sich ein Anarchisten nannte, bewohnt. Neil schrieb weiter: „Zimmer 17, morgen um acht Uhr. Es sollen keine Namen genannt werden. Neueste Verschwiegenheit tut dringend Not. Tat!“ Peter gab diese Stunde an, weil er wußte, es finde am heutigen Abend eine Versammlung der J. W. Ws. in ihrem Hauptquartier statt. Geschäftliche Dinge sollten besprochen werden, doch wußte Peter genau, daß früher oder später die Rede auf die „Tat!“ kommen würde. Es gab unter den J. W. Ws. ein starkes Element, das mit der Zurückhaltung der Organisation nicht zufrieden war und stets nach Taten verlangte. Peter war sicher, er könne Interesse für eine Bombenverschmörung erregen.

Das Ganze erledigte sich schier von selbst; Peter brauchte das Thema gar nicht anzudeuten. Der blauäugige Engel fragte heftig, sollen die Arbeiter wie Schafe zur Schlachtkanal getrieben werden, ohne daß die J. W. Ws. sich rühren? Weshalb sollte nicht American-City zuerst handeln? Er wußte, daß die Masse zur Aktion bereit sei, sie warte bloß auf ein Lösungswort und eine Organisation, die die Führung übernimmt.

(Fortsetzung folgt.)

